

Kein Glückstag für Schleswig-Holstein: Finanzausschuss stimmt Glücksspielstaatsvertrag zu

Zur heutigen Beschlussfassung des Finanzausschusses zum Glücksspielstaatsvertrag sagt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heindold**:

Auf Antrag der Grünen hat sich der Finanzausschuss heute mit den Stimmen von SPD und Grünen für den Erhalt des Glücksspielstaatsmonopols ausgesprochen. Das ist auch gut so!

Nicht gut ist, dass der anschließend von CDU und SPD verabschiedete Glücksspielstaatsvertrag auf rechtlich tönernen Füßen steht. Es gibt erhebliche verfassungs- und europarechtliche Bedenken, die in der Ausschusssitzung sowohl vom wissenschaftlichen Dienst als auch von der CDU-Landtagsfraktion bestätigt wurden.

Es ist erschreckend, dass die Ministerpräsidenten aller Bundesländer einen Staatsvertrag erarbeitet haben, für dessen Rechtskonformität schon heute keiner seine Hand ins Feuer legen würde. Die Landtage sind nun quasi gezwungen, übers Stöckchen zu springen und trotz erheblicher Bedenken zuzustimmen, weil sonst die Gefahr droht, aus dem Lottoblock ausgeschlossen zu werden.

Der Beschluss des Finanzausschusses ist für Schleswig-Holstein kein Glücksfall. Die Landesregierung schätzt, dass dem Land jährlich zirka 18 Mio. Euro verloren gehen und es ist schon heute absehbar, dass es eine Klageflut geben wird. Das Spiel- und Werbeverbot im Internet wird nicht durchzuhalten sein.

„Wer wagt, gewinnt“ mag beim Lottoglück helfen, für die Neufassung des Glücksspielstaatsvertrages ist dieses Motto hoch riskant.
